



KANTONSRATSPROTOKOLL

Sitzung vom
Kantonsratspräsident

3. Dezember 2019
Josef Wyss

P 53 Postulat Arnold Valentin und Mit. über die Vermittlung von klimarelevanten Themen in der Aus- und Weiterbildung der Landwirtinnen und Landwirte / Bildungs- und Kulturdepartement

Der Regierungsrat beantragt teilweise Erheblicherklärung.
Martin Birrer und Bernhard Steiner beantragen Ablehnung.
Valentin Arnold hält an seinem Postulat fest.

Martin Birrer: Das Postulat lässt vermuten, dass in der landwirtschaftlichen Ausbildung klimarelevante Themen bis heute keinen Platz gefunden haben. Die Antwort des Regierungsrates widerlegt diese These klar. In der Aus- und Weiterbildung sind ökologische und nachhaltige Module in grosser Zahl vorhanden und werden vor allem auch in der Erwachsenenbildung stark besucht. Die Forderung nach einem Konzept für die Vermittlung von klimarelevanten Themen einzig für den Kanton Luzern macht keinen Sinn, da die landwirtschaftlichen Berufe schweizweit organisiert sind. Das ist gut so, denn durch den jährlichen Lehrstellenwechsel muss eine interkantonale Durchlässigkeit gegeben sein. Darum ist es wichtig, dass die Lehrmittel und die Lernziele in den landwirtschaftlichen Berufen in der ganzen Schweiz einheitlich sind. Wir sind gleicher Meinung wie der Postulant, dass die Nachhaltigkeit in der Landwirtschaft im Zentrum stehen muss. Neben der Nachhaltigkeit ist aber auch die Wirtschaftlichkeit ein wichtiges Thema, das nicht ausser Acht gelassen werden darf. Die FDP ist mit der Stellungnahme des Regierungsrates zufrieden, er hat klar aufgezeigt, dass in der landwirtschaftlichen Ausbildung ökologische und nachhaltige Aspekte wichtig sind. Wir können deshalb nicht nachvollziehen, warum der Regierungsrat die teilweise Erheblicherklärung beantragt. Die FDP-Fraktion lehnt das Postulat wegen Erfüllung grossmehrheitlich ab.

Bernhard Steiner: Die Stossrichtung des Postulats ist klar. In einem ersten Schritt soll die Ausbildung der Landwirte grundlegend verändert werden: weg vom rentablen Produzieren von hochwertigen Nahrungsmitteln – zurück zum ökologischen Landschaftsgärtner. In einem zweiten Schritt wird sich die bedingungslose Ökologisierung der Landwirtschaft im Klimabericht des Regierungsrates niederschlagen und folglich drittens auch in der landwirtschaftlichen Gesetzgebung. Bleiben wir aber bei den Fakten. 1950 hat ein Bauer für durchschnittlich zehn Personen Nahrungsmittel produziert. 2013 bereits für 145 Personen, also rund 15-mal mehr. Es ist klar, dass diese Produktionssteigerung den Bauern das wirtschaftliche Überleben überhaupt ermöglicht hat. Nur deswegen kann die Schweizer Bevölkerung zu einem bedeutenden Teil von der eigenen Landwirtschaft ernährt werden. Demgegenüber besteht aber eine uneingeschränkte Zuwanderung von 1 Million Personen in den letzten 13 Jahren. Das hat der Schweizer Landschaft massiv geschadet. Allein der Kanton Luzern zählt in dieser Zeit rund 53 000 zusätzliche Bewohnerinnen und Bewohner. Diese Personen brauchen Wohnungen und Arbeitsplätze und müssen ernährt werden. Das Ziel sollte klar sein, nämlich möglichst viele Nahrungsmittel regional zu produzieren und zu

konsumieren. Vom Kauf von regionalen Produkten profitieren die Umwelt und wir alle. So bleiben die Wertschöpfung, die Lehrstellen und die Arbeitsplätze in der Region erhalten. Die heutige landwirtschaftliche Gesetzgebung ist sehr umfangreich, und jeder Landwirtschaftsbetrieb untersteht umfassenden Kontrollen. Jetzt zusätzliche ökologische Lerninhalte an landwirtschaftlichen Schulen zu fordern, führt zwingend zu mehr gesetzlichen Anpassungen. Aus diesen Gründen lehnt die SVP-Fraktion das Postulat ab.

Valentin Arnold: Zu Beginn meiner Lehrzeit, in den 80er-Jahren, war die biologische Landwirtschaft noch ein Reizthema, so wie der Klimawandel heute für gewisse Leute ein Reizthema zu sein scheint. Informationen über die biologische Landwirtschaft habe ich während meiner Lehrzeit von einem Lehrer nur quasi unter der Hand, nach dem Unterricht erhalten. Ich bin froh, dass sich die Situation in der Zwischenzeit geändert hat und dass bei der Ausbildung auch das Thema Klima berücksichtigt wird. Aber auch die Regierung schreibt in ihrer Stellungnahme, dass in der höheren Berufsbildung noch Handlungsbedarf besteht. Im schweizerischen Vergleich hat der Kanton Luzern zudem grossen Nachholbedarf in Sachen Biolandbau. Das Thema Wirtschaftlichkeit wurde ebenfalls angesprochen. Ohne Nachhaltigkeit gibt es auch keine Wirtschaftlichkeit. Die Landwirtschaft konnte den Ausstoss von Klimagasen in den letzten 20 Jahren zwar um etwa 10 Prozent senken, aber die Ausbildung der heutigen jungen Landwirte muss auch die Auswirkungen des Klimawandels beinhalten. Sie müssen wissen, in welche Produktion von Lebensmitteln sie in Zukunft investieren sollen und ob sich diese Investition auch lohnt. Viele Politiker erklären, dass die Bildung unser wichtigster Rohstoff sei; das sollte auch für die landwirtschaftliche Ausbildung gelten. Die Ablehnungsanträge überraschen mich. Wieso soll den zukünftigen Landwirten ein wichtiger Ausbildungsinhalt vorenthalten werden? Ich halte an der Erheblicherklärung meines Postulats fest.

Yvonne Zemp Baumgartner: Die SP-Fraktion stimmt der Erheblicherklärung des Postulats zu. Die Bildung, insbesondere die Berufs- und Weiterbildung, hat das Ziel, die Menschen für die Zukunft vorzubereiten und damit branchenspezifische Schwerpunkte zu setzen. So wie die Digitalisierung im Unterricht immer mehr Einzug hält – und zwar auf allen Bildungsstufen –, sollen auch ökologische Themen zum Standard werden, vor allem auch in der Landwirtschaft. Selbstverständlich geht es nicht darum, gegen das Berufsbildungszentrum Natur und Ernährung (BBZN) zu schießen. Ich habe selber einmal dort gearbeitet und weiss deshalb, dass die ökologischen Themen bereits vor 20 Jahren behandelt wurden. Die Stellungnahme der Regierung zeigt zudem auf, wie vielfältig diese Themen heute unterrichtet werden. Das Problem liegt darin, dass die Weiterbildung schon immer interessengesteuert war und schon immer Landwirte angesprochen hat, die sich schon stark mit ökologischen Themen auseinandergesetzt haben. Die Landwirtschaft ist ein zentraler Wirtschaftszweig für die Erreichung der Klimaziele. Die Landwirte sind unsere Ernährungsversorger, aber sie pflegen auch unsere Kulturlandschaft. Darum haben sie eine hohe gesellschaftspolitische Verpflichtung. Dafür werden sie unter anderem auch mit Direktzahlungen entschädigt. Die Nahrungskette müssen wir der Landwirtschaft nicht erklären, sondern ihr aktuelle Zahlen über den Temperaturanstieg oder den Rückgang von Insekten und Vögeln aufzeigen und sie auffordern, für ihren Betrieb langfristige Konsequenzen und Massnahmen zu beschreiben. Das Eigeninteresse müsste also gross sein. Nicht Repression, sondern Einsicht und Mitverantwortung sollen zum Handeln anleiten. Aus unserer Sicht braucht es noch mehr Konsequenzen als bisher, Schwerpunkte im Bereich der ökologischen Bildung, der nachhaltigen Produktionsmethoden und fundiertes Wissen über die Förderung der Biodiversität, also Know-how zur längerfristigen, konsequenteren ökologischen Bewirtschaftung von Betrieben, um eine nachhaltige Wirkung zu erzielen. Somit ist auch in allen Bildungsgängen vermehrt der Fokus auf Ökologie zu richten. Zwar wird in diesem Bereich schon viel gemacht, aber in Zukunft braucht es noch mehr. Mehr Ökologie bedeutet nicht zwingend weniger Ökonomie. Bei der Landwirtschaft geht es schlussendlich um den Erhalt der Produktionsressourcen Boden und Wasser.

Markus Odermatt: Bei der Ausbildung von Landwirten und Landwirtinnen wird heute schon sehr intensiv auf den Klimawandel, die Nachhaltigkeit und die Biodiversität

aufmerksam gemacht. Forschung, Ausbildung und Weiterbildung sind Voraussetzungen, um die Abläufe der Natur zu erkennen und zu verstehen. Das zeigt auch das grosse Interesse an der Erwachsenenweiterbildung im Bereich der Nachhaltigkeit. Es gibt bereits sehr viele Angebote, die aber noch angepasst werden müssen. Dennoch sind wir der Meinung, dass nicht nur die Nachhaltigkeit geschult werden soll, sondern es soll auch die effiziente Produktion von Nahrungsmitteln im Lehrplan weiterhin Platz haben. Wir brauchen in der Zukunft nicht nur Biobetriebe, sondern auch herkömmliche oder IP-Betriebe. Die Nahrungsmittel werden immer billiger, und der Konsument ist im Moment nicht bereit, mehr für Nahrungsmittel auszugeben. Es macht deshalb keinen Sinn, eine einseitige Ausbildung anzubieten und am Markt vorbeizuproduzieren. Die Überarbeitung der Revision der Bildungsverordnung ist in Vorbereitung. Die Regierung soll die entsprechenden Änderungen abwarten und erst dann Anpassungen vornehmen. Wir finden es richtig und wichtig, dass den geforderten Themen in den Bereichen Ökologie und Nachhaltigkeit weiterhin grosse Beachtung geschenkt wird. In Zukunft möchten wir aber vor allem aus der Produktion von nachhaltigen Lebensmitteln eine Wertschöpfung generieren können. Die CVP-Fraktion stimmt der teilweisen Erheblicherklärung des Postulats zu.

Michèle Graber: Der Postulant greift ein wichtiges Thema auf. Es bestreitet niemand, dass auch die Landwirtschaft mit der schädlichen Klimagasproduktion eine gewisse Verantwortung für die Umweltschäden und die Gewässerverschmutzung trägt. Es ist aber auch hinreichend bekannt, dass die Landwirtschaft die grosse Leidtragende der Folgen der Klimaveränderung ist. Ich bin davon überzeugt, dass es den Landwirtinnen und Landwirten ein wichtiges Anliegen ist, zu ihrer Lebensgrundlage – der Natur und den Tieren – Sorge zu tragen. Aus Sicht der GLP ist es unbestritten, dass die Landwirtschaft einer klimabedingten Veränderung nur mit notwendigen innovativen Anpassungen begegnen kann. Eine Grundlage für die notwendigen Anpassungen ist die Wissensvermittlung in der Aus- und Weiterbildung. Der Vorschlag, direkt in die Ausbildung einzugreifen, ist eine gute Idee, aber der falsche Weg und leider nicht möglich. Der Bildungsplan als Grundlage für den Eidgenössischen Fähigkeitsausweis ist schweizweit gültig, deshalb kann der Kanton Luzern keinen eigenen Weg gehen. Der Bildungsplan wird von der nationalen Organisation der Arbeitswelt (OdA) erstellt und auf nationaler Ebene genehmigt. Dieses Ausbildungssystem, nach dem die Berufsfachverbände die Bildungsziele zu einem sehr grossen Teil erstellen und das von einer höheren Ebene beurteilt und abgesegnet wird, erachte ich als Erfolgsrezept der Schweiz. Der richtige Weg führt also über die OdA. Ich kann mir nicht vorstellen, dass die Lehrpläne plötzlich durch die Verwaltung erstellt werden sollen. Das ist nicht despektierlich gemeint, sondern der Verwaltung fehlt das gewisse Fachwissen. Das Gleiche gilt für Konzepte für die ökologische Weiterbildung, auch das erachte ich nicht als Aufgabe des Kantons. Wir können den Antrag der Regierung auf teilweise Erheblicherklärung nicht nachvollziehen, denn die Umsetzung ist auf kantonaler Ebene nicht möglich. Die GLP-Fraktion lehnt das Postulat aus den genannten Gründen ab.

Patrick Schmid: Der Postulant scheint das Gefühl zu haben, dass die heutigen Bauern komplett ahnungslos seien, denn anders kann ich mir das Postulat nicht erklären. Seit den 80er-Jahren hat sich einiges verändert. Als ich vor 18 Jahren die Lehre absolviert habe, waren der sorgsame Umgang mit den Ressourcen, die schonende Bodenbearbeitung und der Wasserhaushalt bereits ein Thema. Das Postulat verlangt, die standortangepasste Bewirtschaftung zu fördern. Der Kanton Luzern mit seinem hügeligen Grasland muss das Grundfutter nutzen. Eine grössere Tierhaltung ist im Kanton Luzern wahrscheinlich am meisten angepasst, der Getreideanbau funktioniert nicht so gut. Zudem sollen die Bauern darauf aufmerksam gemacht werden, selber Energie zu produzieren. Das passiert bereits in vielen Betrieben mit Fotovoltaikanlagen. Das geht aber nur, wenn wir Bauern auch Geld verdienen und wieder investieren können. Die selber vermarkteten Produkte werden im Postulat ebenfalls angesprochen. Zwar können die Bauern die Angebote erweitern – sie tun das, das zeigen auch die vielen neuen Hofläden –, aber hier sind vor allem die Konsumenten in der Pflicht, direkt bei den Bauern einzukaufen. Wir Bauern machen unsere Hausaufgaben; wie alle anderen Branchen können wir uns dem Thema Klimawandel nicht verschliessen.

Den Themen Klimawandel und Umweltschutz soll auf allen Stufen, auch in der Landwirtschaft, Rechnung getragen werden, schliesslich wollen wir als Erste, dass unsere Böden fruchtbar bleiben.

Gaudenz Zemp: Wir sind uns wohl darin einig, dass es ein Gleichgewicht zwischen Ökologie sowie sozialen und ökonomischen Aspekten braucht. Die Schweizer Wirtschaft hat weltweit zu Recht das Image einer sehr umweltfreundlichen Wirtschaft. Die FDP gibt sich Mühe, auch die ökologischen Belange zu berücksichtigen. Unser Wunsch ist es, dass die Grünen im Gegenzug den wirtschaftlichen Faktor etwas stärker gewichten.

Für den Regierungsrat spricht Bildungs- und Kulturdirektor Marcel Schwerzmann.

Marcel Schwerzmann: Das Thema wurde vom Berufsbildungszentrum Natur und Ernährung (BBZN) an seinen Standorten Schüpfheim und Hohenrain schon lange aufgenommen. Dabei handelt es sich um kantonale Schulen mit kantonalen Angestellten, also Lehrern. Die Lehrer erarbeiten auch die Lehrpläne, und das funktioniert wunderbar. Die Verordnung über die berufliche Grundbildung (BiVo) ist derzeit in Überarbeitung. Dabei werden solche Themen wie das vorliegende garantiert aufgenommen. Es ist vernünftig, diese Überarbeitung abzuwarten. Wir haben die teilweise Erheblicherklärung beantragt, weil das Anliegen im Rahmen des Klimaberichts und der Überarbeitung des Luzerner Landwirtschaftsrechts aufgenommen wird. Daher bitte ich Sie, der teilweisen Erheblicherklärung zuzustimmen.

In einer Eventualabstimmung zieht der Rat die teilweise Erheblicherklärung der Erheblicherklärung mit 74 zu 30 Stimmen vor.

In der definitiven Abstimmung erklärt der Rat das Postulat mit 59 zu 45 Stimmen teilweise erheblich.